



LAND BRANDENBURG

Sc

Ministerium des Innern
und für Kommunales

Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg
Postfach 601165 | 14411 Potsdam

Regionale Planungsgemeinschaft
Havelland-Fläming
Vorsitzenden des Regionalvorstandes
Herrn Landrat Marko Köhler
Leiter der Regionalen Planungsstelle
Herrn Lutz Klauber
Oderstraße 65
14513 Teltow

Henning-von-Tresckow-Straße 9-13
14467 Potsdam

Bearb.: Larissa Penzenstadler-Hennig
Gesch.Z.: 03-3KPA-392-04/2025-
001/008
Telefon: +49 331 866-2760
Internet: <https://mik.brandenburg.de>
Larissa.Penzenstadler-Hennig@mik.brandenburg.de

Bus und Straßenbahn: Alter Markt/Landtag
Bahn und S-Bahn: Potsdam Hauptbahnhof

Potsdam, 05. März 2026

fr. 10/13

Überörtliche Prüfung der Regionalen Planungsgemeinschaft

Havelland-Fläming

Übersendung des Prüfberichts

Anlage: Prüfbericht

Sehr geehrte Herren,

nach Durchführung der Schlussbesprechung übersende ich Ihnen hiermit den Prüfbericht über die überörtliche Prüfung mit der Bitte um Kenntnisnahme und Abgabe einer Stellungnahme zu den im Bericht aufgeführten Beanstandungen B 1 bis B 3, möglichst bis zum 01. Juni 2026.

Gemäß § 105 Absatz 5 BbgKVerf bitte ich den Bericht und Ihre Stellungnahme der Regionalversammlung in geeigneter Weise zur Kenntnis zu geben.

Eine Kopie des Berichts bitte ich dem zuständigen Rechnungsprüfungsamt zu übermitteln.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Penzenstadler-Hennig

Das Dokument ist digital erstellt, elektronisch schlussgezeichnet und ohne Unterschrift gültig.



Potsdam, 30. März 2020

Überörtliche Prüfung der Regionalen Planungseinheiten

Havelland-Planung

Übersetzung des Führerbeschlusses

Anlage: Führerbeschluss

Sehr geehrte Herren,

Nach Durchführung der Sachbearbeitung übertrage ich Ihnen hiermit den
Führerbeschluss über die überörtliche Prüfung der Regionalen Planungseinheiten und die
geplante Stellungnahme zu den im Bericht aufgeführten Beschlüssen B 1
bis B 3 möglichst zum 31. Juli 2020.
Gemäß § 105 Absatz 2 BStG/10 ist ich den Bericht und die Stellungnahme der
Regionalverwaltung in geeigneter Weise zu kommentieren zu geben.
Eine Kopie des Berichts liegt bei dem zuständigen Fachbereichsgesamten zu.

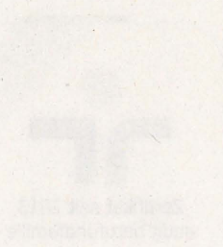
Gewürdigt

Mit freundlichen Grüßen

im Auftrag

Beauftragter Herr

Die Dokumentation wird elektronisch gespeichert und das Original wird





LAND BRANDENBURG

**Ministerium des Innern und
für Kommunales**

Kommunales Prüfungsamt

Bericht über die überörtliche Prüfung der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming

Potsdam, den 05.03.2026

Inhaltsverzeichnis

1	Vorbemerkungen	6
2	Allgemeines.....	7
2.1	Rechtsgrundlagen	7
2.2	Satzungsrecht	7
2.2.1	Hauptsatzung.....	7
2.2.2	Entschädigungssatzung.....	8
2.2.3	Geschäftsordnung.....	9
2.2.4	Gebührenordnung	9
2.3	Organisationsstruktur und Aufgaben	10
3	Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen.....	11
3.1	Haushaltssatzung und Haushaltsplan.....	11
3.2	Haushaltsdurchführung	14
3.2.1	Erträge und Aufwendungen	14
3.2.2	Beschaffungswesen	15
3.2.3	Investitionen	16
3.2.4	Unterjährige Berichtspflichten	16
3.3	Jahresabschlüsse 2018 bis 2024	17
3.3.1	Formelle und materielle Feststellungen	17
3.3.2	Entwicklung des Rücklagen und Rückstellungen.....	20
3.4	Kassenwesen, Buchführung und Zahlungsverkehr.....	24
3.4.1	Organisation des Kassenwesens	24
3.4.2	Buchführung und Inventar	26
3.4.3	Zahlungsmittelbestände	27
4	Schlussbemerkungen	28
5	Anlagen	29

Abkürzungsverzeichnis

ABl.	Amtsblatt für Brandenburg
Abs.	Absatz
BbgKVerf	Kommunalverfassung des Landes Brandenburg
GebGBbg	Gebührengesetz für das Land Brandenburg
ggf.	gegebenenfalls
GKGBbg	Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg
GL	Gemeinsame Landesplanung
GoB	Grundsätze ordnungsgemäßer Buchhaltung
GoBD	Grundsätze zur ordnungsgemäßen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff
GV	Gemeindeverband
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg
ILB	Investitionsbank des Landes Brandenburg
KNF	Kommunales Nachbarschaftsforum Berlin-Brandenburg e. V.
KomHKV	Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung
KPA	Kommunales Prüfungsamt
LBGR	Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe
LEP HR	Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg
lfd.	laufend
LfU	Landesamt für Umwelt
lt.	laut
MIL	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung
RegBkPIG	Gesetz zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung
REK	Regionales Energiekonzept

RENplus	Richtlinie des Ministeriums für Wirtschaft und Energie zur Förderung von Maßnahmen zur Senkung der energiebedingten CO ₂ -Emissionen im Rahmen der Umsetzung der Energiestrategie des Landes Brandenburg
REM	Regionale Energiemanager
ROG	Raumordnungsgesetz
RPA	Rechnungsprüfungsamt
RPG	Regionale Planungsgemeinschaft
T€	Tausend Euro
Nr.	Nummer
o. g.	oben genannt
u. a.	unter anderem
Verw. Tätigkeit	Verwaltungstätigkeit
VZE	Vollzeiteinheit
VV	Verwaltungsvorschrift

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Übersicht über die Festsetzungen der Haushaltssatzungen der Jahre 2018 bis 2024	11
Tabelle 2: Übersicht über die geplanten Erträge in den Haushaltsjahren 2018 bis 2024 (in €)	14
Tabelle 3: Wesentliche tatsächliche Aufwendungen in den Haushaltsjahren 2018 bis 2024 (in €)	15
Tabelle 4: Zeitpunkte von Aufstellung bis Bekanntmachung der Jahresabschlüsse 2018 bis 2024	19
Tabelle 5: Wesentliche Positionen der geprüften Jahresabschlüsse 2018 bis 2024 in €	19

Anlagen

Anlage 1: Organigramm der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming	29
Anlage 2: Wahrgenommene Aufgaben im Rahmen der Regionalplanung (Produkt 51101)	30
Anlage 3: Verbuchung der erhaltenen Zuweisungen und Umlagen zur Umsetzung des Regionalen Energiekonzeptes im Prüfungszeitraum	34
Anlage 4: Handlungsfelder und Maßnahmen im Rahmen der Fortschreibung des Regionalen Energiekonzeptes 2020	35

1 Vorbemerkungen

Das Kommunale Prüfungsamt beim Ministerium des Innern und für Kommunales ist zuständig für die überörtliche Prüfung von Zweckverbänden, deren Mitglieder kreisfreie Städte und Landkreise des Landes Brandenburg sind.

Rechtsgrundlage hierfür bildet § 12 Absatz 2 des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg (GKGBbg) vom 10. Juli 2014 (GVBl. I/14, [Nr. 32]), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 19. Juni 2019 (GVBl. I/19, [Nr. 38]) in Verbindung mit §§ 105 Absatz 3 und 131 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I/07, [Nr. 19]), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. April 2025 (GVBl. I/25, [Nr. 8]).

Die Vorschrift ergänzt den Anwendungsbereich der kommunalrechtlichen Regelungen auf untergesetzliche Rechtsverordnungen. So gelten für die Regionalen Planungsgemeinschaften beispielsweise auch die Bekanntmachungsverordnung und die Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung, soweit spezialrechtliche Regelungen keine anderen Bestimmungen treffen.

Das KPA hat im Rahmen seiner o. g. Zuständigkeit eine überörtliche Prüfung der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming durchgeführt, die als Körperschaft des öffentlichen Rechts in der Rechtsform eines kommunalen Zweckverbandes geführt wird.

Die überörtliche Prüfung erstreckte sich auf die Haushalts- und Wirtschaftsführung sowie auf die Erfüllung der durch Gesetze und Satzungen übertragenen Aufgaben.

Prüfungszeitraum waren die Haushaltsjahre 2018 bis 2024.

Für die überörtliche Prüfung wurde das im o. g. Prüfungszeitraum geltende kommunale Haushaltsrecht als Rechtsgrundlage herangezogen. Die Prüfungsfeststellungen stützen sich daher auf diese Regelungen. Dieser Tatbestand ist insbesondere bei der Umsetzung der Beanstandungen und Hinweise beachtlich, da sich unter anderem die Systematik der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV) in der Fassung vom 27. November 2024 (GVBl. II/24, [Nr. 102]) von der davor geltenden Fassung der KomHKV vom 14. Februar 2008 (GVBl. II/08, [Nr. 3], Seite 14), die zuletzt durch die Verordnung vom 17. August 2023 (GVBl. II/23, [Nr. 58]) geändert worden ist, unterscheidet.

Die Prüfungsfeststellungen sind am Textrand wie folgt gekennzeichnet:

B = Bemerkung, die einer Stellungnahme innerhalb der gesetzten Frist bedarf.

H = Hinweis, zu dem keine Beantwortung erwartet wird.

2 Allgemeines

2.1 Rechtsgrundlagen

Rechtsgrundlagen für die Regionale Planungsgemeinschaft sind das Gesetz zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung (RegBkPIG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Februar 2012 (GVBl. I/12, [Nr. 13]), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14. Mai 2024 (GVBl. I/24, [Nr. 20]) und die Richtlinie der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg für Regionalpläne vom 21. November 2019, bekannt gemacht im Amtsblatt für Brandenburg, Nr. 49 vom 11. Dezember 2019, zuletzt geändert durch die Erste Änderung der Richtlinie der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg für Regionalpläne vom 14. Dezember 2022, bekannt gemacht im Amtsblatt für Brandenburg, Nr. 51 vom 28. Dezember 2022.

Gemäß § 4 Absatz 2 RegBkPIG obliegt der Regionalen Planungsgemeinschaft als Trägerin der Regionalplanung die Pflichtaufgabe, einen Regionalplan aufzustellen, fortzuschreiben, zu ändern und zu ergänzen. Sie kann mit Zustimmung der Landesplanungsbehörde weitere Aufgaben im Zusammenhang mit der Regionalplanung übernehmen.

Mitglieder der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming sind nach § 3 Absatz 2 und § 4 Absatz 1 RegBkPIG die Landkreise Havelland, Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming sowie die kreisfreien Städte: Brandenburg an der Havel und die Landeshauptstadt Potsdam. Als Sitz der Regionalen Planungsgemeinschaft bestimmt die Hauptsatzung die Stadt Teltow.

2.2 Satzungsrecht

2.2.1 Hauptsatzung

Gemäß § 8 RegBkPIG sind die Rechtsverhältnisse der Regionalen Planungsgemeinschaft sowie die Aufgaben und die Arbeitsweise in einer durch die Regionalversammlung beschlossenen Hauptsatzung zu regeln.

Für den Prüfungszeitraum galten

1. die Hauptsatzung in der Neufassung vom 12. Oktober 2009, bekannt gemacht im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 44 vom 11. November 2009 mit ihrer 1. Änderung vom 23. August 2013, bekannt gemacht im Amtsblatt Nr. 39 vom 18. September 2013,
2. die Hauptsatzung in der Neufassung vom 22. Februar 2021, bekannt gemacht im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 10 vom 17. März 2021 mit ihrer 1. Änderung vom 8. April 2024, bekannt gemacht im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 17 vom 2. Mai 2024 sowie
3. die Hauptsatzung in der Neufassung vom 02. August 2024, bekannt gemacht am 11. September 2024.

Gemäß § 18 Absatz 1 der Hauptsatzungen haben die Bekanntmachungen der Neufassungen und Änderungen der Hauptsatzungen der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming durch die Landesplanungsbehörde im Amtsblatt für Brandenburg zu erfolgen. Tatsächlich bekannt gemacht wurde diese durch das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung.

§ 17 Absatz 1 der derzeit geltenden Hauptsatzung regelt, dass die Vorschriften der Gemeindehaushaltsverordnung für die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Regionalen Planungsgemeinschaft entsprechend anzuwenden sind.

Gemäß § 1 Absatz 1 der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV) gilt diese Verordnung in Verbindung mit § 12 Absatz 2 GKGBbg für Zweckverbände ab dem Zeitpunkt, ab welchen diese ihre Haushaltswirtschaft nach den Regeln der doppelten Buchführung für Gemeinden führen. Davon abweichende Regelungen im Sinne des § 12 Absatz 2 Satz 2. Halbsatz GKGBbg liegen für die Regionalen Planungsgemeinschaften nicht vor. Somit sind die Vorschriften der KomHKV vollumfänglich für die Regionale Planungsgemeinschaft anzuwenden.

§ 17 Absatz 1 der Hauptsatzung der Regionalen Planungsgemeinschaft wäre bereits ab dem Zeitpunkt der Umstellung der Haushaltswirtschaft auf die doppelte Buchführung anzupassen gewesen. Diese Umstellung erfolgte in der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming zum 01.01.2011.

H. 1:

Das KPA weist darauf hin, dass im § 17 Absatz 1 der Hauptsatzung kein aktueller Verweis auf die Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV) geregelt ist.

Die Regelung im § 18 Absatz 1 der Hauptsatzung sollte überprüft werden.

Auch läuft der Rechtsverweis im § 6 Absatz 3 Nummer 11 der Hauptsatzung ins Leere.

2.2.2 Entschädigungssatzung

Die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming hat in ihrer Sitzung am 01.12.2005 eine Satzung über die Entschädigung für die Teilnahme an Sitzungen der Organe und Ausschüsse der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming (Entschädigungssatzung) erlassen. Sie wurde im Beiblatt zum Amtsblatt für Brandenburg, dem Amtlichen Anzeiger Nr. 2 vom 18. Januar 2006, bekannt gemacht und trat am 19. Januar 2006 in Kraft. Damit löste sie die bis dahin geltende Entschädigungssatzung vom 01.01.1997 einschließlich ihrer Änderungen vom 22.03.2002 ab.

Die Entschädigungssatzung regelt im § 1 den Anspruch der Mitglieder der Regionalversammlung und deren Vertretungspersonen auf Gewährung von Sitzungsgeld (§ 3), Fahrtkostenentschädigung (§ 4) und Verdienstausfall (§ 5). Die Fahrtkostenentschädigungen

erfolgt nach den Regelungen des Bundesreisekostengesetzes. Gemäß § 5 Absatz 1 Satz 3 der Hauptsatzung ist die Tätigkeit in der Regionalversammlung ehrenamtlich.

Entschädigungen werden auf Antrag gewährt.

Die Satzung befindet sich derzeit in Überarbeitung.

2.2.3 Geschäftsordnung

Gemäß § 6 Absatz 2 Nr. 10 der Hauptsatzung kann sich die Regionalversammlung eine Geschäftsordnung geben.

Bis zum Jahr 2019 arbeitete die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming ohne Geschäftsordnung. Mit Beschluss der Regionalversammlung vom 30.01.2020 beauftragte diese die Regionale Planungsstelle, einen Entwurf einer Geschäftsordnung zu erarbeiten und der Regionalversammlung vorzulegen. Gemäß § 28 Absatz 2 Nummer 2 BbgKVerf i. V. m. § 12 Absatz 1 Satz 1 GKGBbg ist die Regionalversammlung für den Beschluss einer Geschäftsordnung zuständig.

Grund hierfür war die Änderung des RegBkPIG vom 30.04.2019 (GVBl. I/19, Nr. 11), die eine Erweiterung der Zusammensetzung der Regionalversammlung um amtsfreie Gemeinden und Gemeindeverbände von mindestens 5.000 Einwohner vorsah. Damit erhöhte sich in der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming die Anzahl der Regionalräte von 40 auf 60. Die Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten der Mitglieder Regionalen Planungsgemeinschaft erhielten in diesem Zusammenhang mehr Stimmen.

Die Geschäftsordnung soll einen ordnungsgemäßen Geschäftsgang der Regionalversammlung sicherstellen.

In der Geschäftsordnung sind u. a. die Informationsrechte und Teilnahmepflichten der Mitglieder der Regionalversammlung und des Regionalvorstandes sowie nähere Bestimmungen zur fristgerechten Vorbereitung, Durchführung und den Ablauf der Sitzungen der Regionalversammlung und des Regionalvorstandes aufgeführt. Auch sind Regelungen zu Beschlüssen und Abstimmungen sowie zu den Wahlen enthalten.

Der Entwurf der Geschäftsordnung in der Fassung vom 02.03.2020 wurde vom Regionalvorstand am 24.09.2020 beraten und in der Regionalversammlung vom 29.10.2020 unter Beschluss-Nr. 03/03/03 beschlossen. Eine Beschlussausfertigung des Entwurfstandes vom 02.03.2020 mit Datum und Unterschrift des Vorsitzenden der Regionalversammlung fehlt jedoch bislang. Der Leiter der Regionalen Planungsstelle wurde darauf hingewiesen.

2.2.4 Gebührenordnung

Eine Gebührenordnung wurde nicht erlassen.

2.3 Organisationsstruktur und Aufgaben

Organe der Regionalen Planungsgemeinschaft sind die Regionalversammlung und der Regionalvorstand.

Entsprechend dem § 7 RegBkPIG ist abweichend von den Regelungen des GKGBbg bestimmt, dass beim Vorsitz der Regionalversammlung und dem Vorsitz des Regionalvorstandes Personalunion besteht. Gemäß § 12 Absatz 2 GKGBbg sind auf die Zweckverbände die Regelungen der Kommunalverfassung anzuwenden, bei der Regionalen Planungsgemeinschaft tritt an die Stelle der Verbandsversammlung die Regionalversammlung, an die Stelle des Hauptverwaltungsbeamten der Vorsitzende des Regionalvorstandes.

Aufgaben der Regionalversammlung

Auf die Zusammensetzung der Mitglieder der Regionalversammlung finden die Regelungen des § 6 RegBkPIG Anwendung.

Die Aufgaben der Regionalversammlung sind im § 6 der Hauptsatzung geregelt. Sie beschließt über alle Angelegenheiten der Regionalen Planungsgemeinschaft, soweit nicht der Regionalvorstand zuständig ist, insbesondere über die Aufstellung, Änderung, Ergänzung und Fortschreibung des Regionalplanes (Nr. 1), Grundzüge der Planungsarbeit (Nr. 2), über die Übernahme weiterer Aufgaben im Zusammenhang mit der Regionalplanung gemäß § 4 Absatz 2 Satz 2 RegBkPIG (Nr. 4) sowie über die Feststellung der Haushaltssatzung, des Haushaltsplanes sowie über die Festsetzung der Umlagen der Mitglieder (Nr. 6).

Die Beschlussfassungen nach den Nummern 1, 4 und 6 sind gemäß § 6 Absatz 3 der Hauptsatzung sind nicht auf den Regionalvorstand übertragbar.

Aufgaben des Regionalvorstandes

Nach § 9 der Hauptsatzung hat der Regionalvorstand die Beschlüsse der Regionalversammlung vorzubereiten und auszuführen. Dazu zählen insbesondere die Entwicklung von Maßgaben zur Erarbeitung und Fortschreibung des Regionalplanes (§ 9 Absatz 1 Nummer 1 der Hauptsatzung), Einstellungen, Eingruppierungen und Entlassungen der Beschäftigten der Regionalen Planungsstelle sowie Wahrnehmung weiterer von der Regionalversammlung dem Regionalvorstand übertragener Angelegenheiten.

Aufgaben des Vorsitzenden des Regionalvorstandes

Gemäß § 61 Absatz 1 BbgKVerf (neu: § 60 Absatz 1 BbgKVerf) obliegt es dem Vorsitzenden des Regionalvorstandes, die Aufbau- und Ablauforganisation sowie die Geschäftsverteilung der Regionalen Planungsstelle zu regeln.

Ein vom Vorsitzenden des Regionalvorstandes unterzeichneter Geschäftsverteilungsplan lag zum Prüfungszeitpunkt nicht vor. Im Rahmen der überörtlichen Prüfung wurde der Entwurf eines Geschäftsverteilungsplanes erarbeitet (siehe Anlage 1). Im Übrigen verweist der Leiter der Regionalen Planungsstelle bezüglich Aufbaus, Geschäftsverteilung, Projekte und Organe der RPG auf die Internetseite der Regionalen Planungsgemeinschaft unter www.havelland-flaeming.de.

B. 1:

Das KPA stellt fest, dass die Regelung des § 61 Absatz 1 BbgKVerf (neu § 60 Absatz 1 BbgKVerf) nicht beachtet wurde.

3 Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen

3.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan

Gemäß § 17 Absatz 1 der Hauptsatzung der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming gelten für die Haushalts- und Wirtschaftsführung die Regelungen der Gemeindehaushaltswirtschaft gemäß BbgKVerf und KomHKV.

Festsetzungen in der Haushaltssatzung

Die Festsetzungen in den Haushaltssatzungen der Haushaltsjahre 2018 bis 2024 wurden wie folgt getroffen:

Tabelle 1: Übersicht über die Festsetzungen der Haushaltssatzungen der Jahre 2018 bis 2024

	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Haushaltsbeschlüsse durch die Regionalversammlung	18.01.2018	21.11.2018	30.01.2020	29.10.2020	18.11.2021	17.11.2022	16.11.2023
				1. NT-HHS: 18.11.2021			
Veröffentlichung der Haushalts- und Nachtragssatzungen im Amtsblatt für das Land Brandenburg	Nr. 7 vom 21.02.2018	Nr. 4 vom 06.02.2019	Nr. 7 vom 19.02.2020	Nr. 46 vom 18.11.2020	Nr. 48 vom 08.12.2021	Nr. 48 vom 07.12.2022	Nr. 49 vom 13.12.2023
				Nr. 48 vom 08.12.2021			
Erträge	535.300 €	676.600 €	708.600 €	709.700 €	697.100 €	680.100 €	728.800 €
Landeszuweisungen ¹	499.156 €	626.644 €	628.819 €	626.908 €	626.955 €	697.100 €	697.175 €
Aufwendungen	573.800 €	675.000 €	781.000 €	906.300 €	697.100 €	711.000 €	728.800 €
Einzahlungen	550.800 €	673.600 €	706.100 €	704.700 €	689.100 €	672.100 €	720.800 €
Auszahlungen	584.300 €	668.000 €	778.500 €	901.300 €	689.100 €	703.000 €	720.800 €
davon Investitionsauszahlungen	18.500 €	9.000 €	34.000 €	3.000 €	3.000 €	17.000 €	27.000 €
Stellenplan (in VZE)	7,5	7,25	7,25	7,25	7,25	7,2	8,2
tatsächlich besetzt am 30.06. laut Stellenplan	5,0	5,625	6,225	6,025	6,3	6,3	6,15
tatsächlich besetzt am 30.06. gemäß Arbeitsverträge	7,07	7,13	7,98	6,68	7,13	7,13	6,95

¹Gemäß jährlicher Schreiben des MIL über die Zuweisungen in den Jahren 2018 bis 2024 auf der Grundlage §§ 4 und 10 RegBkPIG.

Festsetzungen zum Zustimmungserfordernis zu erheblichen überplanmäßigen und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen

Mit den jährlichen Haushaltssatzungen wird die Zustimmungsbefugnis zu erheblichen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen auf den Regionalvorstand übertragen. Diese Übertragung ist unzulässig.

B. 2:

Das KPA stellt fest, dass in den Haushaltssatzungen 2018 - 2024 gegen die Regelungen der §§ 28 Absatz 2 Nummer 16 i. V. m. 72 Absatz 1 Satz 3 BbgKVerf verstoßen wurde.

Gemäß § 28 Absatz 2 Nummer 16 BbgKVerf ist die Zustimmung zu erheblichen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen der Regionalversammlung vorbehalten. Diese Zustimmung gehört zum Kreis der originären Entscheidungsbefugnisse der Regionalversammlung, die nicht auf andere Organe der Regionalen Planungsgemeinschaft übertragen werden dürfen.

HaushaltsplanProdukte

Der Haushaltsplan gliederte sich im Prüfungszeitraum in die Produkte 51101 und 51109.

Im Produkt 51101 - Regionalplanung werden die Erträge und Aufwendungen sowie die Ein- und Auszahlungen für die Durchführung der gesetzlichen Aufgaben der Regionalen Planungsgemeinschaft nach dem RegBkPIG abgebildet.

Im Produkt 51109 - Umsetzer REK 2 werden alle Erträge und Aufwendungen für die Umsetzung des kommunalen Projektes Regionales Energiekonzept (REK) und dessen Finanzierungssäulen (Zuwendungen der ILB und zweckgebundene Umlagen der Verbandsmitglieder) für die folgenden Förderperioden veranschlagt. Im Prüfungszeitraum 2018 bis 2024 wurde die Umsetzung des Regionalen Energie- und Klimaschutzkonzeptes finanziell über 3 Förderphasen hinweg von der ILB unterstützt:

- 01.12.2016 bis 30.11.2019
- 01.12.2019 bis 31.12.2021
- 01.01.2022 bis 30.09.2024

Für die Projektlaufzeit des Projekts „REK-Umsetzer 2“ vom 01.12.2016 bis 30.11.2019 erhielt die Regionale Planungsgemeinschaft eine Förderung von 120.000 € (80 %) zu den zuwendungsfähigen Gesamtaufwendungen von 150.000 €. Der Eigenanteil in Höhe von 30.000 € (20 %) wurde als Umlage von den Mitgliedern gedeckt. Einen entsprechenden Beschluss dazu fasste die Regionalversammlung am 17.03.2016. Dieser sah in den Jahren 2017, 2018 und 2019 einen jährlichen Anteil aller Mitglieder von 10.000 € vor. Er wurde von jedem Mitglied in gleicher Höhe von je 2.000 € erbracht. Gemäß § 16 Abs. 2 der Hauptsatzung sind die Umlagen jedoch anteilig im Verhältnis zur Zahl ihrer Einwohner im Planungsgebiet zu berechnen und zu erheben.

Die Gesamtaufwendungen von 150.000 € wurden in dieser Förderphase nicht ausgeschöpft, da die Stelle des Regionalen Energiemanagers im Jahr 2018 für 1,5 Monate und im Jahr 2019 für 3 Monate nicht besetzt war. Die Maßnahme „Umsetzer REK 2“ endete planmäßig am 30.11.2019.

Die nächste Umsetzungsphase vom 01.12.2019 bis 30.11.2021 beinhaltete eine Anschlussförderung mit Gesamtaufwendungen in Höhe von 120.000,00 € bei einem Fördersatz von 80 %. Der Eigenanteil je Mitglied wurde in der Regionalversammlung vom 27.06.2019 mit Beschluss Nr. 11/05/01 auf insgesamt 2.400 € je Mitglied festgesetzt.

Eine weitere Fortsetzung des Projektes wurde am 09.04.2024 beantragt und bis zum 30.09.2027 bewilligt.

Das Produkt 51110 – Fortschreibung Regionales Energiekonzept beinhaltete im Jahr 2020 die Aktualisierung und Fortschreibung des Regionalen Energiekonzeptes aus dem Jahr 2013. Die Regionalversammlung beschloss diese am 27.06.2019 mit Beschluss-Nr. 11/05/02. Im Durchführungszeitraum vom 01.12.2019 – 13.03.2022 standen hierfür insgesamt zuwendungsfähige Gesamtaufwendungen von 50.000 € zur Verfügung, die in Höhe von 40.000 € (80 %) gefördert wurden. Der Eigenanteil in Höhe von 10.000 € (20 %) wurde von den Mitgliedern der Regionalen Planungsgemeinschaft in Form einer zweckgebundenen Umlage getragen. Die Maßnahme endete am 30.06.2021 und wurde mit dem Verwendungsnachweis vom 14.02.2022 abgeschlossen.

Im Rahmen der Fortschreibung des Regionalen Energiekonzeptes 2020 wurden konkrete Handlungsfelder und Maßnahmen identifiziert. Auf die Ausführungen in Anlage 4 wird ergänzend verwiesen.

Durch die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming wurden im Prüfungszeitraum keine weiteren Aufgaben gemäß § 4 Absatz 2 Satz 2 RegBkPIG ausgeführt, die der Beschlussfassung der Regionalversammlung und der Zustimmung der Gemeinsamen Landesplanungsbehörde (GL) unterlagen.

Nach Auffassung des KPA ist die Produktbildung sachgerecht.

Stellenplan

Die im Stellenplan getroffenen Angaben zum Umfang der am 30.06. des Vorjahres besetzten Stellen korrespondieren nicht mit dem tatsächlichen Stellenumfang laut Gehaltszahlungen. Weiterhin übersteigt der tatsächliche Stellenumfang zum 30.06.2020 den mit der Haushaltssatzung für das Jahr 2020 beschlossenen Stellenplan.

Die Problematik wurde mit der Regionalen Planungsgemeinschaft besprochen. Es wird um künftige Beachtung gebeten.

3.2 Haushaltsdurchführung

3.2.1 Erträge und Aufwendungen

Erträge

Die Ertragsstruktur der Regionalen Planungsgemeinschaft fußt im Wesentlichen auf drei Säulen, wie die Tabelle 2 zeigt.

Tabelle 2: Übersicht über die geplanten Erträge in den Haushaltsjahren 2018 bis 2024 (in €)

	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Erträge/Einzahlungen	535.300	676.600	708.600	709.700	697.100	680.100	728.800
Landeszuweisungen ²	499.156	626.644	628.819	626.908	626.955	697.100	697.175
Zweckgebundene Zuweisungen aus Projektförderungen							
51109 – Umsetzung REK	41.700	33.500	49.600	40.200	50.000	50.000	39.500
51110 – Fortschreibung REK			32.000	20.000			
Umlagen							
51109 – Umsetzung REK	10.000	10.000	12.400	12.400	12.000	12.000	11.100
51110 – Fortschreibung REK			8.000	2.000			

Die wichtigste Ertragsart bilden die Landeszuweisungen, die gemäß § 10 Satz 1 RegBkPIG den Regionalen Planungsgemeinschaften die Kosten erstatten, die durch die Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben entstehen. Die jährliche Zuweisungshöhe ergibt sich aus einer im Gesetz nicht näher bezeichneten Grundkostenpauschale für alle Regionalen Planungsgemeinschaften kombiniert mit einer einwohner- und flächenbezogenen Komponente.

Die Zuweisungen des Landes haben sich für die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming innerhalb des Prüfungszeitraums erhöht. Im Jahr 2019 stiegen sie auf 626,6 T€ und damit um 25 % gegenüber dem Vorjahr. In den Jahren 2020 bis 2022 blieben sie unverändert auf gleicher Höhe von ca. 626 T€. Für die Jahre 2023 und 2024 erfolgte eine weitere Erhöhung der Landeszuweisungen um ca. 11 % auf 697 T€.

Für weitere Aufgaben, die die Regionale Planungsgemeinschaft gemäß § 4 Absatz 2 Satz 2 RegBkPIG erfüllt, leisten die Mitglieder der Regionalen Planungsgemeinschaft Umlagen gemäß des § 16 Absatz 2 der Hauptsatzung.

Aufwendungen

Die wesentlichen Aufwendungen der Regionalen Planungsgemeinschaft sind der Tabelle 3 zu entnehmen.

² gemäß jährlichen Schreiben des MIL über die Zuweisungen in den Jahren 2018 bis 2024 gemäß der §§ 4 und 10 RegBkPIG.

Tabelle 3: Wesentliche tatsächliche Aufwendungen in den Haushaltsjahren 2018 bis 2024 (in €)

	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Gesamtaufwendungen	497.836,37	646.931,91	693.329,01	698.094,55	655.765,09	969.241,91	758.109,78
davon für:							
Personal- aufwendungen	417.457,10	411.814,89	475.176,26	505.021,15	545.718,28	561.219,32	579.971,72
Entwicklung zum Vorj.	9,4%	-1,4%	15,4%	6,3%	8,1%	2,8%	3,3%
Anteil an Gesamtaufwendungen	83,9%	63,7%	68,5%	72,3%	83,2%	57,9%	76,5%
Aufwendungen für Sach- und DL	35.085,80	53.054,88	46.964,63	45.589,67	48.305,54	47.947,70	54.379,50
Entwicklung zum Vorjahr	12,7%	51,2%	-11,5%	-2,9%	6,0%	-0,7%	13,4%
Anteil an Gesamtaufwendungen	7,0%	8,2%	6,8%	6,5%	7,4%	4,9%	7,2%
sonstige ordentliche Aufwendungen	36.606,40	174.536,61	163.571,09	139.974,60	52.877,30	349.640,02	109.965,88
Entwicklung zum Vorj.	-76,9%	376,8%	-6,3%	-14,4%	-62,2%	561,2%	-68,5%
Anteil an Gesamtaufwendungen	7,4%	27,0%	23,6%	20,1%	8,1%	36,1%	14,5%

Bis zu 84 % der Aufwendungen entfallen auf das Personal. Der Anteil der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen lag bei 5 % bis 8 % der Gesamtaufwendungen. Hierin enthalten sind u. a. Aufwendungen für die Unterhaltung von Geräten und Ausstattungen, Mieten und Pachten, die Bewirtschaftung von Grundstücken sowie Leasing und Haltung von Fahrzeugen.

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen enthalten u. a. Bürobedarf, Aufwandsentschädigung, Rechtsanwalts- und Gerichtskosten, Gutachten und Strategische Umweltprüfung, Rechnungsprüfung und Versicherungen. In den Jahren 2019 und 2023 wurden hier auch Rückzahlungen von Landeszuweisungen verbucht.

Ohne Berücksichtigung dieser Aufwendungen variieren die sonstigen ordentlichen Aufwendungen im Prüfungszeitraum zwischen 7,4 % und 36,1 % der Gesamtaufwendungen.

Die stichprobenweise Prüfung der Aufwendungen für Dienstreisen und Gutachten führten zu keinen Beanstandungen.

3.2.2 Beschaffungswesen

Im Rahmen der überörtlichen Prüfungen wurden schwerpunktmäßig die Beschaffungen von Dienstleistungen geprüft.

Die jährlich geschlossenen Verträge werden übersichtlich im Ordner des jeweiligen Jahres in Papierform abgelegt. Die abgeschlossenen Dienstleistungsverträge gestalten sich zweckmäßig und wirtschaftlich. Neue Dienstleistungsverträge werden unter Einholung von mindestens 3 Angeboten an den wirtschaftlichsten Anbieter vergeben.

3.2.3 Investitionen

Von den jährlich gewährten Landeszuweisungen gemäß § 10 RegBkPIG wird ein Teilbetrag für die notwendige Investitionstätigkeit der Regionalen Planungsgemeinschaft separiert und im Finanzhaushalt des jährlichen Haushaltsplans veranschlagt. Für die verwendeten Investitionsauszahlungen werden Sonderposten gemäß § 47 Absatz 4 KomHKV gebildet und entsprechend bilanziert.

Das KPA vertritt die Rechtsauffassung, dass die Bildung der Sonderposten entbehrlich ist, da es sich bei den Mitteln nicht um zweckgebundene Zuweisungen für bestimmte Wirtschaftsgüter im Sinne des § 47 Absatz 4 KomHKV handelt. Weder liegt ein entsprechender Zuwendungsbescheid noch eine Zweckbindung des Landes Brandenburg als Zuwendungsgeber vor.

H. 2:

Soweit von den jährlich gewährten Zuweisungen nach § 10 RegBkPIG anteilig Investitionsauszahlungen getätigt werden, ist für diese abweichend vom § 47 Absatz 4 KomHKV die Bildung von Sonderposten entbehrlich.

Gemäß § 10 RegBkPIG handelt es sich bei den o. g. Landeszuweisungen um eine Kostenerstattung des Landes Brandenburg für die Übertragung einer staatlichen Pflichtaufgabe, die in Form einer Grundkostenpauschale kombiniert mit einer einwohner- und flächenbezogenen Zuweisung ausgestaltet ist. Durch das Land werden keine spezifischen Vorgaben nach Art und Höhe der Verwendung der Mittel für notwendige Investitionsmaßnahmen gemacht.

3.2.4 Unterjährige Berichtspflichten

Die Regionalversammlung ist gemäß § 29 Absatz 1 KomHKV mindestens halbjährlich über den Stand des Haushaltsvollzuges zu unterrichten. Gründe für wesentliche Abweichungen sind zu erläutern.

Im Prüfungszeitraum sind solche unterjährigen Berichtspflichten gegenüber der Regionalversammlung unterblieben.

Die Regionale Planungsstelle weist darauf hin, dass die Regionalversammlungen in der Regel zweimal jährlich im Frühjahr und zum Jahresende durchgeführt werden, so dass für die erste Sitzung des jeweiligen Jahres eine Halbjahresanalyse noch nicht vorliegt und für die jeweils zweite jährliche Sitzung der Informationsgehalt einer Halbjahresanalyse kurz vor Ablauf des Haushaltsjahres nicht mehr aktuell und daher wenig sachdienlich ist.

Das KPA ist der Rechtsauffassung, dass die halbjährliche Berichterstattung zum Haushaltsvollzug nicht zwingend im Rahmen einer Sitzung der Regionalversammlung erfolgen muss, sie kann auch durch die Übermittlung einer schriftlichen Information an die

Verbandsmitglieder außerhalb der Sitzungen der Regionalversammlung sichergestellt werden.

3.3 Jahresabschlüsse 2018 bis 2024

3.3.1 Formelle und materielle Feststellungen

Vorgelegt wurden die geprüften Jahresabschlüsse für die Haushaltsjahre 2018 bis 2024.

Die Jahresabschlüsse werden nach § 17 Absatz 2 Satz 2 der Hauptsatzung im Rotationsprinzip für je zwei aufeinanderfolgende Haushaltsjahre durch das Rechnungsprüfungsamt eines Mitgliedes der Regionalen Planungsgemeinschaft geprüft.

Die Jahresabschlussprüfung für das Haushaltsjahr 2018 erfolgte durch das Rechnungsprüfungsamt der Landeshauptstadt Potsdam. Im Prüfbericht zum Jahresabschluss vom 14.09.2020 wird der Regionalversammlung die Beschlussfassung des Jahresabschlusses und die uneingeschränkte Entlastung des Vorsitzenden und des Regionalvorstandes der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming vorgeschlagen. Die Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2018 nach § 82 Absatz 4 BbgKVerf (neu: § 80 Absatz 4 BbgKVerf) erfolgte in der Regionalversammlung am 29.10.2020 und wurde bekannt gemacht im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 46 vom 18.11.2020.

Die Jahresabschlussprüfung für das Haushaltsjahr 2019 erfolgte ebenfalls durch das Rechnungsprüfungsamt der Landeshauptstadt Potsdam. Im Prüfbericht zum Jahresabschluss vom 28.05.2021 wird der Regionalversammlung die Beschlussfassung des Jahresabschlusses und die uneingeschränkte Entlastung des Vorsitzenden und des Regionalvorstandes der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming vorgeschlagen. Die Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2019 nach § 82 Absatz 4 BbgKVerf (neu: § 80 Absatz 4 BbgKVerf) erfolgte in der Regionalversammlung am 17.06.2021 und wurde bekannt gemacht im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 27 vom 14. Juli 2021.

Die Jahresabschlussprüfung für das Haushaltsjahr 2020 wurde vom Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Potsdam-Mittelmark wahrgenommen. Im Prüfbericht zum Jahresabschluss vom 04.11.2021 wird dem Vorsitzenden der Regionalversammlung empfohlen, den geprüften Jahresabschluss 2020 festzustellen sowie der Regionalversammlung, den Jahresabschluss 2020 zu beschließen und den Vorsitzenden der Regionalversammlung und den Regionalvorstand der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming uneingeschränkt Entlastung zu erteilen. Die Beschlüsse über den geprüften Jahresabschluss zum 31.12.2020 sowie die Entlastung des Regionalvorstandes und des Vorsitzenden erfolgte in der Sitzung der Regionalversammlung am 18.11.2021. Sie wurden im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 48 vom 08.12.2021 bekannt gemacht.

Die Jahresabschlussprüfung für das Haushaltsjahr 2021 erfolgte durch das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Potsdam-Mittelmark. Im Prüfbericht zum

Jahresabschluss mit Datum vom 16.03.2022³ wird der Regionalversammlung die Beschlussfassung des Jahresabschlusses und die Entlastung des Vorsitzenden der Regionalversammlung und des Regionalvorstandes der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming vorgeschlagen. Die Beschlüsse über den geprüften Jahresabschluss zum 31.12.2021 sowie die Entlastung des Regionalvorstandes und des Vorsitzenden erfolgte in der Sitzung der Regionalversammlung am 15.06.2023. Sie wurden im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 26 vom 05.07.2023 bekannt gemacht.

Die Jahresabschlussprüfung für das Haushaltsjahr 2022 erfolgte durch das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Teltow-Fläming. Im Prüfbericht zum Jahresabschluss mit Datum vom 26.07.2024 wird dem Vorsitzenden der Regionalversammlung die Bestätigung des Jahresabschlusses und der Regionalversammlung die uneingeschränkte Entlastung des Vorsitzenden der Regionalversammlung und des Regionalvorstandes der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming empfohlen. Die Beschlüsse über den geprüften Jahresabschluss sowie die Entlastung des Regionalvorstandes und des Vorsitzenden erfolgte in der Sitzung der Regionalversammlung am 14.11.2024. Sie wurden im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 50 vom 18.12.2024 bekannt gemacht.

Die Jahresabschlussprüfung für das Haushaltsjahr 2023 erfolgte ebenfalls durch das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Teltow-Fläming. Im Prüfbericht zum Jahresabschluss mit Datum vom 11.04.2025 wird dem Vorsitzenden der Regionalversammlung die Bestätigung des Jahresabschlusses und der Regionalversammlung die uneingeschränkte Entlastung des Vorsitzenden der Regionalversammlung und des Regionalvorstandes der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming empfohlen. Die Beschlüsse über den geprüften Jahresabschluss zum 31.12.2023 sowie die Entlastung des Regionalvorstandes und des Vorsitzenden erfolgten in der Sitzung der Regionalversammlung am 26.06.2025. Sie wurden im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 30 vom 23. 07.2025 bekannt gemacht.

Die Jahresabschlussprüfung für das Haushaltsjahr 2024 oblag dem Rechnungsprüfungsamt der Stadt Brandenburg an der Havel. Im Prüfbericht zum Jahresabschluss mit Datum vom 23.09.2025 wird der Regionalversammlung die uneingeschränkte Entlastung des Vorsitzenden der Regionalversammlung und des Regionalvorstandes der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming empfohlen. Die Beschlussfassung über den Jahresabschluss um 31.12.2024 sowie die Entlastung durch die Regionalversammlung erfolgte in der Sitzung am 27.11.2025. Sie wurden im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 51 vom 17.12.2025 bekannt gemacht.

Die Regelungen des § 82 Absatz 4 BbgKVerf (neu: § 80 Absatz 4 BbgKVerf) wurden für die Haushaltsjahre 2018 - 2019 sowie 2021 - 2023 nicht fristgerecht umgesetzt und in den jeweiligen Prüfberichten bereits beanstandet.

³Da die Prüfung des Jahresabschlusses des Jahres 2021 im Zeitraum vom 05.09.2022 bis 16.03.2023 erfolgte, dürfte das Datum des Prüfberichtes nicht zutreffend sein.

Die Aufstellungen und Feststellungen der Jahresabschlüsse sind nach Auffassung des KPA nicht hinreichend gemäß § 82 Absatz 3 BbgKVerf (neu: § 80 Absatz 3 BbgKVerf) dokumentiert. Sie wurden nicht durchgängig mit Datum und Unterschrift versehen.

Die Thematik wurde mit der Regionalen Planungsgemeinschaft erörtert und wird künftig beachtet.

Tabelle 4: Zeitpunkte von Aufstellung bis Bekanntmachung der Jahresabschlüsse 2018 bis 2024

HH-Jahr	Jahresabschluss aufgestellt am:	Prüfbericht vom:	Feststellung am:	Beschlussfassung am:	Bekanntmachung am:
2018	20.05.2020	14.09.2020	ohne Datum	29.10.2020	Amtsblatt für Brandenburg Nr. 46 vom 18.11.2020
2019	ohne Datum	28.05.2021	ohne Datum	17.06.2021	Amtsblatt für Brandenburg Nr. 27 vom 14. Juli 2021
2020	ohne Datum	04.11.2021	ohne Datum	18.11.2021	Amtsblatt für Brandenburg Nr. 48 vom 08.12.2021
2021	16.03.2023	16.03.2023	ohne Datum	15.06.2023	Amtsblatt für Brandenburg Nr. 26 vom 05. 07. 2023
2022	25.07.2024	26.07.2024	ohne Datum	14.11.2024	Amtsblatt für Brandenburg Nr. 50 vom 18.12.2024
2023	12.03.2025	11.04.2025	ohne Datum	26.06.2025	Amtsblatt für Brandenburg Nr. 30 vom 23. 07.2025
2024	31.07.2025	23.09.2025	21.10.2025	27.11.2025	Amtsblatt für Brandenburg Nr. 51 vom 17.12.2025

Die Ertrags- und Finanzlage der regionalen Planungsgemeinschaft ist als geordnet zu bewerten.

Tabelle 5: Wesentliche Positionen der geprüften Jahresabschlüsse 2018 bis 2024 in €

	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Saldo Ergebnisrechnung zum 31.12.	64.409,05	-132.954,40	0,00	130.858,14	58.655,90	-214.411,34	0,00 €
Saldo der Finanzrechnung	79.511,08	45.074,66	0,00	-206.750,11	47.746,25	62.052,69	41.643,65
Bilanzsumme	325.486,02	379.511,36	397.271,78	208.817,83	256.076,47	318.376,00	373.372,59
Zahlungsmittelbestand	309.374,87	354.449,53	378.299,74	171.549,63	219.025,88	281.078,57	322.722,22
Rücklagenbestand	157.954,40	25.000,00	24.897,30	155.755,44	214.411,34	0,00	0,00
Veränderung des Rücklagenbestandes	64.409,05	-132.954,40	-102,70	130.858,14	58.655,90	-214.411,34	0,00
Rückstellungen	136.059,55	316.295,88	337.819,33	18.963,00	17.221,48	284.795,55	331.657,94

Auf der Aktiva-Seite der Bilanz zum 31.12.2024 bilden der Kassenbestand und die Bankguthaben mit 322,7 T€ = 86,4 % den größte Bilanzposten. Es folgen das Sachanlagevermögen in Höhe von 29,6 T€ = 7,9 % und öffentlich-rechtliche Forderungen mit 18,1 T€ = 4,9 % der Bilanzsumme.

Die wesentlichen Passiva betreffen in den Jahren 2018 bis 2024 die Positionen Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses sowie Rückstellungen für weitere ungewisse Verbindlichkeiten, die vor dem Bilanzstichtag begründet wurden. Zum 31.12.2024 wird für die Rückstellungen ein Bestand in Höhe von 331,7 T€ = 88,8 % der Bilanzsumme ausgewiesen.

Auf Sonderposten aus Zuweisungen der öffentlichen Hand entfallen zum 31.12.2024 32,3 T€ = 8,6 % der Bilanzsumme.

3.3.2 Entwicklung der Rücklagen und Rückstellungen

Die Veränderungen der Rücklagen und der Rückstellungen der Regionalen Planungsgemeinschaft sind vertiefend durch das KPA geprüft worden. Dabei war es erforderlich, den Prüfungszeitraum rückblickend bis auf das Jahr 2014 auszudehnen.

Im Jahresergebnis 2014 wurden Überschüsse im ordentlichen Jahresergebnis in Höhe von 43,2 T€ erwirtschaftet und der Rücklage zugeführt. Diese Entwicklung setzte sich um Haushaltsjahr 2015 fort, sodass Überschüsse in Höhe 201,5 T€ zu verzeichnen waren.

Dieser kumulierte Rücklagenbestand in Höhe von 263 T€ und der mit Haushaltssatzung 2016 festgesetzte Jahresüberschuss von 30,2 T€ waren Anlass für den Leiter der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming mit Schreiben vom 24.11.2016 an das MIL heranzutreten und auf diese Entwicklung aufmerksam zu machen.

Die Regionale Planungsstelle vertrat die Rechtsauffassung, dass die Höhe der Rücklage eine nicht mehr vertretbare Größenordnung erreicht habe und forderte entsprechende Entscheidungen ein.

Im Ergebnis eines Abwägungsprozesses unter Berücksichtigung des Rücklagenbestandes einerseits und der bei der Regionalen Planungsgemeinschaft zu dem Zeitpunkt bestandenen finanziellen Risiken aus anhängigen Klageverfahren andererseits, einigte man sich darauf, 150 T€ aus dem Rücklagenbestand an den Landeshaushalt zurückzuführen.

Im Wege einer außerplanmäßigen Aufwendung und Auszahlung wurden am 12.12.2016 50.000,00 € an das Land zurückgezahlt.

Nach Rechtsauffassung des KPA erfolgte dies rechtswidrig, da keine Ermächtigung vorlag. Zwar sieht die Haushaltsatzung 2016 bei einer über- und außerplanmäßigen Aufwendung bzw. Auszahlung die Zustimmung des Regionalvorstandes ab einer Wertgrenze von 15.000,00 € vor, dies widerspricht jedoch der Regelung § 28 Absatz 2 Nummer 16 BbgKVerf, wonach die Ermächtigung zur Leitung von außer- und überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen nicht auf andere Organe der Regionalen Planungsgemeinschaft übertragen werden darf.

Überdies ist auch ein Rechtsverstoß gegen § 4 der Haushaltssatzung 2016 zu verzeichnen, in dem Wertgrenzen festgelegt wurden, wonach eine Nachtragssatzung zu erstellen ist.

So hat das KPA festgestellt, dass sowohl die Wertgrenze in Bezug auf die Höhe des Fehlbetrages gemäß Ziffer 3a) als auch die Wertgrenze in Bezug auf zusätzliche Einzelaufwendungen oder Einzelauszahlungen gemäß Ziffer 3b) deutlich überschritten waren.

Im Haushaltsjahr 2017 sind von den vereinbarten 150.000 € weitere 80.000 € an das Land zurückgezahlt worden. Gemäß dem Prüfbericht der Landeshauptstadt Potsdam zum Jahresabschluss 2018 wurde bestätigt, dass in 2016 50,0 T€ und in 2017 80,0 T€ von der Regionalen Planungsgemeinschaft zurückgezahlt wurden.

Die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses betrug ohne weitere Rückzahlungen zum Stichtag 31.12.2018 158,0 T€.

Gemäß der Stellungnahme der Regionalen Planungsstelle vom 26.02.2026 hat das MIL offenbar zunächst auf weitere Rückzahlungen verzichtet, da sich die Ergebnisentwicklung der Regionalen Planungsstelle wegen der voraussichtlichen Kosten aus anhängigen Normenkontrollverfahren nicht belastbar vorhergesehen werden konnte. Insoweit wurden die erwirtschafteten Überschüsse der Haushaltsjahre 2017 und 2018 vollständig der Rücklage zugeführt.

Im Haushaltsjahr 2019 hat sich offenbar der Berechnungsmodus für die Rückzahlung der Landeszuweisung verändert. Während man im Jahr 2016 auf die Ergebnis- und Vermögenslage abgestellt und dabei drohende künftige Verpflichtungen berücksichtigt hat, ist man im Jahr 2019 dazu übergegangen, die tatsächlich in Anspruch genommenen Aufwendungen den Erträge aus den zugewiesenen Landeszuweisungen gegenüber zu stellen. Ausgehend von dem o. g. Prüfbericht des RPA der LHP waren im Haushaltsjahr 2019 Minderaufwendungen in Höhe von 145,8 T€ zu verzeichnen. Diese waren unter anderem auf eine geringere Inanspruchnahme von Personalaufwendungen in Höhe von 49,3 T€ und sonstigen ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 93,2 T€ (Inanspruchnahme externer Dienstleistungen, Gutachtertätigkeit sowie Gerichts- und Anwaltskosten) zurückzuführen. Diese Minderaufwendungen wurden als Rückzahlungsverpflichtung gegenüber dem Land identifiziert, so dass im Jahresabschluss 2019 aufwandswirksam eine Rückstellung in Höhe von 145,8 T€ gebildet wurde. Dies führte im Ergebnis zu einem außerplanmäßigen erheblichen Fehlbetrag in der Ergebnisrechnung im Jahr 2019 in Höhe von 132,9 T€.

Entgegen § 68 Absatz 2 Nummer 1 BbgKVerf (neu: § 70 Absatz 2 Nr. 1 BbgKVerf) ist hierfür weder eine Nachtragshaushaltssatzung erlassen, noch eine Ermächtigung der Regionalversammlung eingeholt worden.

Aus dem Bericht zum Jahresabschluss 2020 des RPA des Landkreises Potsdam-Mittelmark vom 04.11.2021 geht hervor, dass als ungewisse Rückzahlungsverpflichtungen gegenüber dem MIL weitere 24,2 T€ den Rückstellungen zugeführt wurden. Insgesamt waren damit Rückstellungen für drohende Verpflichtungen gegenüber dem Land in Höhe von 303 T€ ausgewiesen. Der Gesamtrückstellungsbestand wurde im gleichen Zeitraum auf 337,8 T€ beziffert. Eine Rückzahlung an das Land erfolgt im Jahr 2020 nicht.

Laut Prüfbericht des RPA des Landkreises Potsdam-Mittelmark über den Jahresabschluss 2021 vom 16.03.2022⁴, sollten die Rückzahlungen an das Land im Jahr 2021 erfolgen und dafür der Bestand der Rückstellungen abgebaut werden. Zum 22.12.2021 erfolgte daher eine Teilrückzahlung von 178.002,18 €. Gleichzeitig geht aus dem Bericht hervor, dass zwischen MIL und der RPG eine neue Vereinbarung dahingehend geschlossen wurde, dass der RPG nunmehr ein Rücklagenbestand von 150 T€ zuerkannt wurden.

Im Ergebnis dessen erfolgte eine Auflösung der Rückstellungen in Höhe von 125,00 T€. Dies hat im Ergebnis zu einem außerplanmäßigen Überschusssaldo in der Ergebnisrechnung in Höhe von 130,8 T€ geführt. Dieser Überschuss wurde der Rücklage zugeführt, so dass sich diese von 24,9 T€ im Jahr 2020 auf 155,7 T€ zum 31.12.2021 erhöhte.

Diese Entwicklung setzte sich im Haushaltsjahr 2022 fort. Aus dem Prüfbericht des RPA des Landkreises Teltow-Fläming über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2022 vom 26.07.2024 geht hervor, dass ein Überschusssaldo in der Ergebnisrechnung in Höhe von 58,6 T€ erwirtschaftet wurde. Dieser wurde der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt, so dass diese zum 31.12.2022 nunmehr 214.411,34 € betrug.

Das Haushaltsjahr 2023 zeigte einen negativen Verlauf. Der bereits mit einem Negativsaldo in Höhe von 30,9 T€ aufgestellte Haushaltsplan wurde zum 31.12.2023 mit einem außerplanmäßigen Negativsaldo in Höhe von 214.411,34 € abgeschlossen.

Der Grund dafür war eine außerplanmäßige aufwandswirksame Rückstellungsbildung in Höhe von 260.741,05 € für die erneut keine Ermächtigung eingeholt wurde.

Der Negativsaldo der Ergebnisrechnung 2023 wurde durch die Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses ausgeglichen. Der Bestand der Rücklage wurde somit vollständig abgebaut.

Die Rückstellungen für weitere ungewisse Verbindlichkeiten waren zum 31.12.2023 mit 284.795,55 € ausgewiesen.

In der Regionalversammlung am 26.06.2025 führte der Leiter der Regionalen Planungsgemeinschaft im Rahmen der Beschlussfassung des Jahresabschlusses 2023 aus, dass diese Entscheidung auf Anregung des zuständigen Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Teltow-Fläming erfolgte. Das zum Bilanzstichtag 31.12.2023 ausgewiesene Eigenkapital sollte vollständig aufgelöst und der daraus resultierende Ertrag als Rückstellung für Rückzahlungsverpflichtungen verbucht werden. Mit dieser Entscheidung werde dem Sachverhalt Rechnung getragen, dass Finanzmittel, die der Regionalen Planungsgemeinschaft vom Land zur Deckung der Kosten der Erfüllung der Pflichtaufgabe zugewiesen worden sind und nicht beansprucht wurden, als rückzahlbar bewertet werden müssten.

Im Ergebnis dessen ist durch das KPA festzustellen, dass 2023 erneut das Budgetrecht der Regionalversammlung in grober Weise verletzt wurde, da weder eine Ermächtigung zur Leistung einer über- oder außerplanmäßigen Aufwendung in Höhe von 260,7 T€ gemäß § 70 Absatz 1 BbgKVerf (neu: § 72 Absatz 1 BbgKVerf) eingeholt noch die Verpflichtung zur

⁴ Siehe Ausführungen unter Fußnote 1

Erstellung einer Nachtragshaushaltssatzung gemäß § 68 Absatz 2 Nummer 1 und 2 BbgKVerf (neu: § 70 Absatz 2 Nummer 1 und 2 BbgKVerf) eingehalten wurde.

Die Rechtsauffassung, wonach es sich bei den nicht verwendeten Landeszuweisungen um rückzahlbare Mittel handelt, teilt das KPA nicht. Weder aus dem RegBkPIG noch aus anderen untergesetzlichen Regelungen ergibt sich eine Rückzahlungsverpflichtung der Regionalen Planungsgemeinschaft, entsprechende Bescheide des MIL mit Nebenbestimmungen liegen ebenfalls nicht vor.

Der Gesetzgeber hat mit der Regelung im § 10 RegBkPIG entschieden, den Regionalen Planungsgemeinschaften die Kosten für die Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben gemäß § 4 Absatz 2 RegBkPIG durch eine gleiche Grundkostenpauschale und eine einwohner- und flächenbezogene jährliche Zuweisung zu gewähren. Näheres zur Verwendung der Mittel kann die Landesplanungsbehörde im Rahmen der Zuweisung bestimmen. Derartige Bestimmungen erfolgten mit den Zuweisungsschreiben der Jahre 2018 bis 2024 jedoch nicht.

Führt eine gesetzliche Kostenregelung z. B. durch die große Fläche bzw. überdurchschnittlich hohe Einwohnerzahl einer Regionalen Planungsgemeinschaft gegenüber den übrigen Regionalen Planungsgemeinschaft zu einer vorübergehenden Besserstellung, dann kann dies nicht der Körperschaft zur Last gelegt werden, die Empfängerin dieser Zuweisung ist, erst recht nicht, wenn ein Teil der erwirtschafteten Rücklagemittel auf eine besonders sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung über mehrere Haushaltsjahre zurückzuführen ist.

Überdies ist bei der Rückzahlungspraxis unberücksichtigt geblieben, dass alle Regionalen Planungsgemeinschaften wegen der fehlenden Dynamisierung der Kostenregelung nach § 10 RegBkPIG bezüglich der jährlichen Tarifsteigerungen permanent in Vorleistungen gehen müssen, da eine Anpassung der Landeszuweisungen zuletzt nur alle vier Jahre erfolgt ist.

Daher ist das KPA der Rechtsauffassung, dass die bestehende Kostenregelung so auszugestalten ist, dass sie auch eine Kostenprognose zum Inhalt hat.

Dies ist insbesondere auch deshalb zwingend erforderlich, damit die Regionalen Planungsgemeinschaften für die Erledigung ihrer Pflichtaufgaben ausreichend Planungssicherheit zur Finanzierung ihrer Aufgaben erhalten.

H. 3:

Das KPA regt an, dass weitere Verfahren abschließend mit Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung zu klären und die Darstellungen in der Bilanz nachträglich zu korrigieren.

Zusammenfassend kommt das KPA zu der Einschätzung, dass die Bildung und Auflösung von Rückstellungen in den Jahren 2016 - 2023 überwiegend nicht rechtskonform erfolgte und im Ergebnis zu gravierenden Rechtsverstößen in der RPG geführt hat.

Im Ergebnis eines durch das KPA vorgenommenen Abwägungsprozesses wird von Beanstandungen dieser Rechtsverstöße jedoch abgesehen. Hierfür sprechen folgende Gründe:

- Im Betrachtungszeitraum ist in Bezug auf die Rückforderungspraxis der Landeszuweisungen kein einheitliches Verwaltungshandeln weder von Seiten der Rechtsaufsichtsbehörde noch von der RPG zu erkennen. Dies lässt für das KPA den Schluss zu, dass bezogen auf die Rechtsgrundlagen und Rechtsfolgen der Rückforderungen – auch wegen Fehlen vergleichbarer Fälle – eine hohe Rechtsunsicherheit bei den Beteiligten bestanden hat.
- Erschwerend kommt hinzu, dass durch den zweijährigen Wechsel der Zuständigkeiten der Rechnungsprüfungsämter bei der Prüfung der Jahresabschlüsse keine tiefgründige rechtliche Aufarbeitung des Sachverhaltes möglich war. Der Regionalen Planungsgemeinschaft fehlte damit die Unterstützung von Seiten der Rechnungsprüfungsämter bei der sachgerechten kommunalrechtlichen Bewertung der Geschäftsvorfälle.
- Eine Beanstandung der Rückstellungsbildung ohne Ermächtigung der Regionalversammlung würde überdies wegen der Neureglung in § 72 Absatz 4 BbgKVerf ab dem 01.01.2025 ins Leere laufen. Diese sieht bei überplanmäßigen und außerplanmäßigen Aufwendungen, die sich erst bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ergeben und nicht zur Auszahlung führen, kein Zustimmungserfordernis der Gemeindevertretung mehr vor. Im Fall der Regionalen Planungsgemeinschaft bedürften die in den Haushaltsjahren 2019 und 2023 gerügte Rückstellungsbildung ab diesem Zeitpunkt keiner vorherigen Entscheidung der Regionalversammlung.

3.4 Kassenwesen, Buchführung und Zahlungsverkehr

3.4.1 Organisation des Kassenwesens

Die Dienstanweisung DA 01/17 vom 07.07.2017 wurde nach Prüfungsfeststellungen im Jahresabschluss 2022 durch das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Teltow-Fläming zu Beginn des Jahres 2025 überarbeitet.

Die Entwurfsprüfung wurde in den Prüfauftrag der Jahresabschlussprüfung 2023 integriert. Der Entwurf wurde vom Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Teltow-Fläming eingehend mit der Regionalen Planungsgemeinschaft besprochen. Die im Entwurf der DA getroffenen Regelungen sind erneut von der RPG zu überarbeiten und gemäß den Mindestbestimmungen laut § 44 KomHKV (neu: § 61 KomHKV) zu erweitern. Eine abschließende Prüfung der Dienstanweisung konnte im Zeitrahmen der Prüfung zum Jahresabschluss 2023 nicht erfolgen. Diese soll Bestandteil der nachfolgende Jahresabschlussprüfung sein.

Gemäß § 38 Absatz 1 KomHKV (neu: § 55 Absatz 1 KomHKV) umfassen die Kassengeschäfte

1. die Annahme der Einzahlungen und die Leistung der Auszahlungen (Zahlungsverkehr),

2. die Verwaltung der Finanzmittel,
3. die Buchführung einschließlich der Sammlung der Belege, soweit nicht eine andere Stelle ganz oder zum Teil damit beauftragt ist.

Die Buchführung erfolgte unter Anwendung des EDV-Buchführungssystems ProDoppik der H&H Datenverarbeitungs- und Beratungsgesellschaft mbH. Die Jahresabschlussbuchungen wurden mit dem Buchführungssystem der Software ProDoppik erstellt.

Im Rahmen der überörtlichen Prüfung wurde dem KPA eine aktualisierte Haushalts- und Kassenordnung der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming (DA 01/25) vorgelegt, die vom Vorsitzenden des Regionalvorstandes am 04.09.2025 unterzeichnet ist.

Die Prüfung ergab, dass die DA 01/25 im Wesentlichen den Vorgaben für Sicherheitsstandards gemäß § 61 Absatz 2 KomHKV entspricht.

Im § 5 Absatz 2 der Dienstanweisung sind jedoch die Regelungen des § 83 Absatz 3 BbgKVerf unbeachtet geblieben, wonach dem örtlichen Rechnungsprüfungsamt die Prüfung des Einsatzes der Programme obliegt.

Im § 5 Absatz 12 der Dienstanweisung sind die Aufgaben der Administration einer Beschäftigten zugewiesen, die gleichzeitig Kassenaufgaben erledigt. Dies gilt auch für deren Vertreterin, die in Personalunion Administrationsaufgaben und den Zahlungsverkehr wahrnimmt. Insoweit wird der in § 61 Absatz 2 Nummer 2 Buchstabe g normierte Trennungsgrundsatz zwischen Administration von Informationssystemen und automatisierten Verfahren, von der fachlichen Sachbearbeitung und der Erledigung von Kassenaufgaben durch die Dienstanweisung nicht gewährleistet.

Beim Einsatz automatisierter Verfahren ist gemäß § 30 Absatz 2 Nummer 5 KomHKV aus Gründen der Kassensicherheit eine Funktionstrennung zwischen der Administration von Informationssystemen und automatisierten Verfahren, der Fachaufgaben (Sachbearbeitung) und den Kassenaufgaben erforderlich.

B. 3

Das KPA stellt Rechtsverstöße gegen die Regelungen des § 33 Absatz 5 Nummer 10 KomHKV (neu: § 30 Absatz 5 Nummer 2 KomHKV) sowie gegen § 39 Absatz 3 KomHKV (neu: § 56 Absatz 3 KomHKV) fest.

Durch diese Funktionstrennung soll grundsätzlich sichergestellt werden, dass ein Bediensteter nie allein den gesamten Geschäftsablauf unkontrolliert bearbeiten könnte. Zudem sollen mögliche Interessenkollisionen vermieden werden. Dem Wortlaut der o. g. Regelung folgend, ist eine Abgrenzung zwischen den drei Aufgabenbereichen

- Administration von Informationssystemen und automatisierten Verfahren,
- Fachbereich (Sachbearbeitung) und
- Erledigung der Kassenaufgaben

zu gewährleisten. D. h., eine Person soll nicht gleichzeitig die Sachbearbeitung und die Funktion des Administrators wahrnehmen.

Darüber hinaus sieht der § 56 Absatz 3 KomHKV eine weitere Funktionstrennung zwischen Buchführung und Zahlungsverkehr vor. Da die Regionale Planungsgemeinschaft eine kleine Organisationseinheit ist, bei der die Regelung des organisatorisch nur schwer umsetzbar ist, ohne die Kassengeschäfte außerhalb der Regionalen Planungsstelle erledigen lassen zu müssen, war rechtlich zu klären, ob die als Sollvorschrift ausgelegte Regelung Ausnahmen zulässt.

Der Trennungsgrundsatz, dass Zahlungsverkehr und Buchführung nicht von denselben Bediensteten wahrgenommen werden sollen, dient der inneren Kassensicherheit und soll eine unerlaubte Einflussnahme auf die Abwicklung von Kassengeschäften vermeiden und somit Unregelmäßigkeiten vorbeugen. Die Vorschrift des § 56 Absatz 3 KomHKV ist eine Soll-Vorschrift. Abweichungen können somit ggf. ausnahmsweise zulässig sein. Gemäß der Kommentierung zum bisherigen § 39 KomHKV, Kommunales Haushaltsrecht im Land Brandenburg, Kommentar zu § 39 KomHKV, Ziffer 4 können Abweichungen beispielsweise zulässig sein, wenn die Finanzbuchhaltung in kleineren Gemeinden oder Ämtern nur mit einem Kassenverwalter ständig besetzt ist. Allerdings wird im Ministerium des Innern und für Kommunales die Rechtsauffassung vertreten, dass dies nicht für einen zeitlich unbegrenzten Zeitraum möglich ist. Insoweit wäre zu prüfen, ob zur Gewährleistung eines regelkonformen Handels eine andere organisatorische Lösung gefunden werden kann.

Darüber hinaus fehlen Festlegungen über die Buchführung gemäß § 61 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe g KomHKV.

H. 4:

Das KPA regt an, zu prüfen, die Befugnisse zur Zeichnung von Buchungsunterlagen bei dem Personenkreis, der sachlich und rechnerisch richtig zeichnen und anordnen darf, die Feststellungsbefugnis auf einzelne Konten zu beschränken, die in die fachliche Bearbeitung fallen, z. B. Aufwendungen für Gutachten bzw. für die Rechtsberatung.

Analoge Regelungen sollten auch für die Sachbearbeiterin Haushalt und Kasse erfolgen.

3.4.2 Buchführung und Inventar

Körperliche Inventuren wurden am 04.01.2019, 07.01.2020, 21.12.2022 und 18.12.2024 durchgeführt. Eine Inventurrichtlinie gab es bis zum 31.12.2024 nicht. Im Rahmen der überörtlichen Prüfung wurde eine Inventurrichtlinie mit Datum vom 17.02.2025 vorgelegt und am 08.10.2025 aktualisiert.

Die stichprobenweise Prüfung des körperlichen Inventars ergab keine Beanstandungen.

Die Aufzeichnung der Geschäftsvorfälle erfolgt in zeitlicher Reihenfolge und in sachlicher Ordnung, wobei die Auszahlungsanordnungen nicht elektronisch, sondern in Papierform

erstellt, abgezeichnet und mit den Originalbelegen abgelegt werden. Die Verwendung einer fortgeschrittenen elektronischen Signatur entsprechend der Definition gemäß § 2 Nummer 42 KomHKV erfolgt bisher nicht.

Die als Stichprobe durchgeführte Prüfung der Belege und Buchungsunterlagen im Zeitraum 2018 bis 2024 ergab hinsichtlich der Ordnungsmäßigkeit und Vollständigkeit keine Beanstandungen.

Gemäß § 33 Absatz 3 KomHKV (neu: § 30 Absatz 3 KomHKV) sind die eingerichteten Konten in einem Verzeichnis (Kontenplan) aufzuführen. Die ab dem 01.01.2025 geltende Regelung des § 30 Absatz 3 KomHKV sieht vor, dass die Bücher nach dem geltenden Produkt- und Kontenrahmen zu führen sind. Die Konten des Produkt- und Kontenrahmens können durch die Einrichtung von Unterkonten weiter untergliedert werden.

Die Verwendung einiger Konten entsprach nach Rechtsauffassung des KPA nicht der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums des Innern und für Kommunales über die produktorientierte Gliederung der Haushaltspläne, die Kontierung der Kommunalen Bilanzen und der Ergebnis- und Finanzhaushalte sowie über die Verwendung verbindlicher Muster zur Kommunalen Haushalts- und Kassenordnung (VV Produkt- und Kontenrahmen) vom 23. Juni 2023.

Dies betrifft die Buchung der kommunalen Umlagen, die auf dem Konto 4142 als Zuweisungen für lfd. Zwecke verbucht wurden, obgleich für Umlagen das Konto 4182 in der o. g. VV vorgegeben ist.

Hinsichtlich der Einhaltung des Kontenplanes erfolgten bereits entsprechende Feststellungen in den Jahresabschlüssen. Eine stichprobenweise Prüfung ergab, dass die Beanstandungen grundsätzlich beachtet wurden.

Es wurde festgestellt, dass eine zeitweise in den Jahren 2020 bis 2022 beschäftigte Mitarbeiterin zum Prüfungszeitpunkt im November 2025 immer noch als Mandant im Finanzprogramm H&H geführt wurde. Im Rahmen der überörtlichen Prüfung wurde eine umgehende Löschung empfohlen.

3.4.3 Zahlungsmittelbestände

Innerhalb des Prüfungszeitraums konnte durchgehend ein hoher Bestand an Zahlungsmitteln festgestellt werden. Lt. geprüften Jahresabschlüssen und vorliegender Saldenbestätigungen für die Haushaltsjahre 2018 bis 2024 betrugen die Zahlungsmittelbestände jeweils zum 31.12.:

2018	309.374,87 €
2019	354.449,53 €
2020	378.299,74 €
2021	171.549,63 €
2022	219.025,88 €
2023	281.078,75 €

2024 322.722,22 €

Eine vorübergehende Anlage der liquiden Mittel erfolgte auch nach Ablauf der Negativzinsperiode ab dem Haushaltsjahr 2023 nicht.

H. 5

Gemäß § 62 Absatz 4 BbgKVerf ist ab dem Jahr 2025 bei Geldanlagen auf eine ausreichende Sicherheit zu achten; sie sollen einen angemessenen Ertrag bringen.

4 Schlussbemerkungen

Der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming ist im Ergebnis der überörtlichen Prüfung eine sparsame Haushalts- und Wirtschaftsführung zu bescheinigen.

Für den Regionalvorstand besteht ein kurzfristiger Handlungsbedarf, die Dienstanweisung 01/25 zu überarbeiten und darin gemäß § 61 Absatz 1 und 2 KomHKV die Sicherheitsstandards gemäß § 30 Absatz 5 Nummer 2 KomHKV sowie den Trennungsgrundsatz gemäß § 56 Absatz 3 KomHKV vollständig zu verankern.

Das KPA empfiehlt der Regionalen Planungsgemeinschaft zeitnah einen Erörterungsprozess mit dem MIL bezüglich der rechtlichen Zulässigkeit der Rückforderungen sowie der künftigen Ausgestaltung der Höhe der Landeszuweisungen nach § 10 Absatz 1 RegBkPIG anzustoßen, um die Rückzahlungspraxis zu beenden.

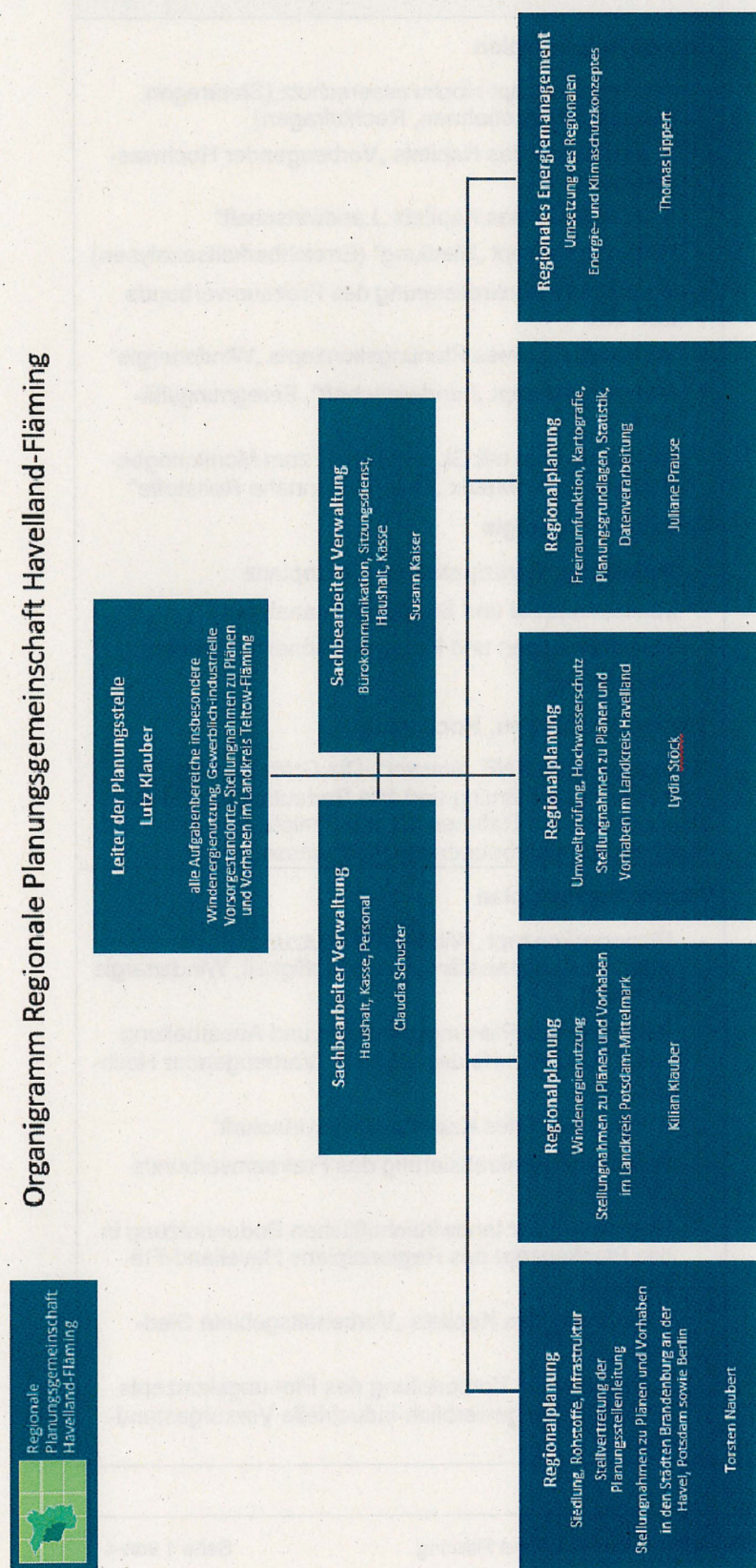
Penzenstadler-Hennig

Das Dokument ist digital erstellt, elektronisch schlussgezeichnet und ohne Unterschrift gültig.

5 Anlagen

Anlage 1: Organigramm der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming

(Bearbeitungsstand: 11.12.2005)



Anlage 2: Wahrgenommene Aufgaben im Rahmen der Regionalplanung (Produkt 51101)

(Bearbeitungsstand: 20.11.2005)

Haus-haltsjahr	Zuweisungen	verwendet für folgende Aufgaben
2018	erhalten: 499.156,09 € <u>verwendet für:</u> lfd. Verw. Tätigkeit: 460.080,65 € Investitionen 16.034,59 €	Thema Regionalplan <ul style="list-style-type: none"> – Planungskonzept Hochwasserschutz (Starkregen, Senken, Abflussbahnen, Rechtsfragen) – 1. Vorentwurf des Kapitels „Vorbeugender Hochwasserschutz“ – 1. Vorentwurf des Kapitels „Landwirtschaft“ – Planungskonzept „Siedlung“ (Erreichbarkeitsanalysen) – Vorarbeiten Konkretisierung des Freiraumverbunds LEP HR – Vorbereitung eines Planungskonzepts „Windenergie“ – Planungskonzept „Landwirtschaft“, Berechnungsflächen – Abstimmungen mit GL und LBGR zum Monitoringbericht sowie zur Matrix „Oberflächennahe Rohstoffe“ Thema Windenergie <ul style="list-style-type: none"> – Beteiligung, Partizipation und Akzeptanz – Landschaftsbild und Sichtbarkeitsanalysen – Ersatzzahlungen und Kompensationsmaßnahmen – Repowering Thema Starkregen, Hochwasser Anliegengruppe KNF „Wasser“: Die Gräben in der Region Havelland-Fläming und ihre Bedeutung für die Gefahrenabwehr im Rahmen der regionalplanerischen Festlegungen zum vorbeugenden Hochwasserschutz
2019	erhalten: 626.644,49 € <u>verwendet für:</u> lfd. Verw. Tätigkeit: 619.033,84 € Investitionen 17.102,00 €	Thema Regionalplan <ul style="list-style-type: none"> – Planungskonzept „Windenergienutzung“ (Referenzanlage, Siedlungsabstände, Windhöflichkeit, Windenergie im Wald) – Änderung des Planungskonzepts und Ausarbeitung des 2. Vorentwurfs des Kapitels „Vorbeugender Hochwasser“ – 2. Vorentwurf des Kapitels „Landwirtschaft“ – Vorentwurf Konkretisierung des Freiraumverbunds LEP HR – Einordnung der landwirtschaftlichen Bodennutzung in das Plankonzept des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 – Erarbeitung des Kapitels „Vorbehaltsgebiete Siedlung“ – Konzeptionelle Vorbereitung des Planungskonzepts „Großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte“

Haus-haltsjahr	Zuweisungen	verwendet für folgende Aufgaben
		<ul style="list-style-type: none"> – Vorbereitung eines Planungskonzepts „Oberflächen-nahe Rohstoffe“ – Abstimmung mit Kommunen und Behörden zu allen Arbeitsergebnissen <p>Thema Kommunikationsstrategie</p> <ul style="list-style-type: none"> – Ausarbeitung einer Kommunikationsstrategie der Re-gionalen Planungsgemeinschaft (Workshops) <p>Thema Starkregen, Hochwasser</p> <p>Die Gräben in der Region Havelland-Fläming und ihre Bedeutung für die Gefahrenabwehr im Rahmen der regi-onalplanerischen Festlegungen zum vorbeugenden Hochwasserschutz (Überarbeitung und Fortschreibung)</p>
2020	<p>erhalten: 626.818,92 €</p> <p><u>verwendet für:</u></p> <p>lfd. Verw. Tätigkeit:</p> <p>627.657,86 €</p> <p>Investitionen</p> <p>18.902,10 €</p>	<p>Thema Regionalplan</p> <ul style="list-style-type: none"> – Verfahren nach § 9 Absatz 1 Satz 2 ROG zum Regio-nalplan 3.0 – Erarbeitung des Entwurfs des Sachlichen Teilregional-plans „Grundfunktionale Schwerpunkte“ einschließlich Umweltprüfung – Durchführung des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf des Sachlichen Teilregionalplans „Grundfunktionale Schwerpunkte“ – Genehmigungsverfahren zur Satzung über den Sachli-chen Teilregionalplan „Grundfunktionale Schwer-punkte“ – Erarbeitung des Planungskonzepts „Großflächige ge-werblich-industrielle Vorsorgestandorte“ – Erarbeitung des Kapitels „Großflächige gewerblich-in-dustrielle Vorsorgestandorte“ – Kommunale und behördliche Abstimmung zum Pla-nungskonzept und zum Vorentwurf „Großflächige ge-werblich-industrielle Vorsorgestandorte“ – Kommunale und behördliche Abstimmung zur Festle-gung der Vorbehaltsgebiete Siedlung – Erarbeitung des Kapitels „Vorranggebiete für die Landwirtschaft“ – Kommunale und behördliche Abstimmung zur Festle-gung zum Vorentwurf des Kapitels „Vorranggebiete für die Landwirtschaft“ – Erarbeitung des Entwurfs „Oberflächennahe Roh-stoffe“ nach fachlicher Zuarbeit durch das LBGR – Überarbeitung und Aktualisierung des Konzepts „Windenergie im Wald“ – Abschluss der Konkretisierung des Freiraumverbunds LEP HR – Abschluss des „Planungskonzepts zur Festlegung von Eignungsgebieten für die Windenergienutzung im Re-gionalplan Havelland-Fläming 3.0“ – Abstimmung mit Kommunen und Behörden zum „Pla-nungskonzept zur Festlegung von Eignungsgebieten für die Windenergienutzung im Regionalplan Havel-land-Fläming 3.0“

Haus-haltsjahr	Zuweisungen	verwendet für folgende Aufgaben
2021	erhalten: 626.907,97 € <u>verwendet für:</u> lfd. Verw. Tätigkeit: 627.207,28€ Investitionen 16.177,29 €	Thema Regionalplan <ul style="list-style-type: none"> - Erarbeitung des Entwurfs des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 - Vorbereitung des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 (§ 9 Absatz 2 ROG) Thema Windenergie <ul style="list-style-type: none"> - 2. Monitoringbericht „Windenergienutzung in der Region Havelland-Fläming“ - Mitarbeit im Projekt „Dichtezentren zum Artenschutz in der Windenergieplanung“
2022	erhalten: 626.955,34 € <u>verwendet für:</u> lfd. Verw. Tätigkeit: 602.345,55 € Investitionen 12.237,07€	Thema Regionalplan <ul style="list-style-type: none"> - Durchführung des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 (§ 9 Absatz 2 ROG) - Änderung des Planungskonzepts „Windenergienutzung“ aufgrund der gesetzlichen Umstellung des Planungssystems Thema erneuerbare Energien <ul style="list-style-type: none"> - 1. Sachstandsbericht zum Stand und zur Entwicklung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen in der Region Havelland-Fläming - Visualisierung von Anlagen im digitalen Geländemodell - Mitarbeit im Projekt „Dichtezentren zum Artenschutz in der Windenergieplanung“
2023	erhalten: 697.100,09 € <u>verwendet für:</u> lfd. Verw. Tätigkeit: 889.879,39€ Investitionen 24.010,64 €	Thema Regionalplan <ul style="list-style-type: none"> - Erarbeitung des Entwurfs des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 - Durchführung des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 (§ 9 Absatz 2 ROG) - Fortführung des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 (§ 9 Absatz 2 ROG): Auswertung der Stellungnahmen - Änderung des Planungskonzepts zur Festlegung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft
2024	erhalten: 697.175,15 € <u>verwendet für:</u> lfd. Verw. Tätigkeit: 758.109,78 € Investitionen 32.377,76 €	Thema Regionalplan <ul style="list-style-type: none"> - Abschluss des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 (§ 9 Absatz 2 ROG) - Genehmigungsverfahren zur Satzung über den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 - Fortführung des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 (§ 9 Absatz 2 ROG): Überarbeitung des 1. Entwurfs des Regionalplans 3.0 (Siedlung, Hochwasser, Rohstoffe, Landwirtschaft)

Haus-haltsjahr	Zuweisungen	verwendet für folgende Aufgaben
		Thema Solarenergie 2. Sachstandsbericht zum Stand und zur Entwicklung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen in der Region Havelland-Fläming

Anlage 3: Verbuchung der erhaltenen Zuweisungen und Umlagen zur Umsetzung des Regionalen Energiekonzeptes im Prüfungszeitraum

Jahr	Ergebnis Umsetzer REK (01.12.2016 bis 30.11.2019)			
	Verbuchung Förderung		Verbuchung Kommunale Umlage	
2016	413110	2.737,27 €		0 €
2017	413110	34.785,86 €	418210	10.000 €
2018	413110	33.579,34 €	414220	4.176,38 €
2019	413110	22.318,45 €	414220	5.579,62 €
			418210	3.772,32 €
gesamt	116.949,24 €	93.420,92 € 79,88 %		23.528,32 20,12 %

Jahr	Ergebnis Umsetzer REK (01.12.2019 bis 31.12.2021)			
	Förderung		Eigenanteil	
2019	413110			0 €
2020	413110	17.529,97 €	418210	12.000,00 €
2021	413110	27.277,85 €	414220	12.000,00 €
gesamt	68.807,82 €	44.807,82 € 65,1 %		24.000,00 € 37,9 %

Jahr	Ergebnis Umsetzer REK (01.01.2022 bis 30.09.2024)			
	Förderung		Eigenanteil	
2022	413110	72.137,59 €	414220	11.063,96 €
2023	413110	50.239,04 €	414220	11.063,96 €
2024	413110	51.947,22 €	414220	14.951,60 €
gesamt	211.403,37 €	174.323,85 € 82,46 %		37.079,52 € 17,54 %

Jahr	Ergebnis 51110 - Fortschreibung Regionales Energiekonzept			
	Förderung		Eigenanteil	
2020	413110	22.255,78 €	418210	10.000 €
2021	413110	20.485,21 €	414220	0,00 €
gesamt	52.740,99 €	42.740,99 € 81,04 %		10.000,00 € 18,96 %

Erläuterungen:

413110 – Sonstige allgemeine Zuweisungen Land/ILB

418210 – Allgemeine Umlage von GV

414220 – Zuweisung und Zuschüsse für lfd. Zwecke von GV-REK

Anlage 4: Handlungsfelder und Maßnahmen im Rahmen der Fortschreibung des Regionalen Energiekonzeptes 2020

Handlungsfelder REK 2020	Maßnahmen
Erneuerbare Energien	<ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung und Akzeptanzförderung der Windenergie • Unterstützung des Ausbaus von Photovoltaik-Anlagen • Modell- und Forschungsprojekte • Förderung effizienter und erneuerbarer Wärmebereitstellung
Verkehr & Mobilität	<ul style="list-style-type: none"> • Strategische Unterstützung und Beratung zur Mobilitätswende • Förderung der E-Mobilität durch Ladeinfrastruktur • Förderung von Carsharing Modellen
Siedlungs- entwicklung, Planung & Gebäude	<ul style="list-style-type: none"> • Verankerung der Themen Erneuerbare Energien und Energieeffizienz in formellen und informellen Planungsprozessen • Kompetenzförderung energiesparender Siedlungs- und Gewerbeentwicklung • Beratung und Unterstützung von Gebäudesanierungen
Kommunikation & Netzwerkarbeit	<ul style="list-style-type: none"> • Netzwerk und Gremienarbeit • Infomail – Regionales Energiemanagement • Sensibilisierung für Energieeffizienz in Politik und Verwaltung • Regionale Plattform kommunaler Klimaschutz • Organisation von Veranstaltungen und Konferenzen • Internetauftritt des Regionalen Energiemanagements • Kommunikationsstrategie • Organisation einer Energietour
Übergeordnete Aufgaben & Entwicklung	<ul style="list-style-type: none"> • Verstetigung und Ausbau des Regionalen Energiemanagements (Energieagentur) • Fördermittelberatung • Aufbau/Pflege einer Projektbörse • Weiterbildung und Qualifizierung REM • Energiedatenmanagement • Verwaltung der Projektstelle

